



ORIENTIERUNG

Nr. 3 52. Jahrgang Zürich, 15. Februar 1988

OBWOHL ES IMMER WIEDER geschieht - in jüngster Zeit zum Beispiel in der DDR -, daß die Kirchen mit ihren Einrichtungen und Gebäuden von Außenstehenden als Hort der Freiheit in Anspruch genommen werden, ist Freiheit nirgends, auch in den Kirchen nicht, ein endgültig errungenes Gut. An Erfahrungen innerkirchlicher Beschränkung und Bedrohung von Freiheit fehlt es nicht, und sie erklären, warum in unseren Tagen ein Preis «für Freiheit in der Kirche» gestiftet wurde. Anerkennungspreise sollen ausgerichtet werden «an Personen, die sich durch freie Meinungsäußerung oder mutiges Handeln in der Christenheit exponiert haben». An solchen Persönlichkeiten, die in Überwindung einer weitverbreiteten Sprachlosigkeit zur rechten Zeit sagen, was zu sagen und tun, was zu tun ist, hängt es offenbar, daß es überhaupt Freiheit gibt. Dabei brauchen wir nicht nur an öffentliches Auftreten zu denken, das der biblische Begriff *parrhesia*/Freimut in erster Linie insinuiert; wir können für das hier gemeinte Anliegen auch das moderne Wort «Zivilcourage» einsetzen im Bewußtsein, daß es oft das schwierigste ist, unter seinesgleichen eine «eigene» Meinung zu vertreten.

Für Freimut in der Kirche

Der Preis, um den es geht, heißt nach dem Stifter *Herbert-Haag-Preis*. Der Alttestamentler Haag hatte selber im Unterschied zu manchen Fachgenossen den Mut, aus seinen exegetischen Forschungen pastorale und ethische Konsequenzen zu ziehen, sie öffentlich zu machen und dabei auch vor dem Kampf gegen ein kollektives Vorurteil («Teufel») nicht zurückzuschrecken. Von seinen beiden Wirkungsstätten Luzern und Tübingen ist die erste heute Sitz der Stiftung, während an der zweiten der Preis verliehen wird. Zur ersten Verleihung im Jahre 1985 konnte allerdings der damals Erwählte nicht erscheinen, weil ihm ob seines Buches «Kirche: Charisma und Macht» ein Bußschweigen auferlegt war: *Leonardo Boff*. Doch gerade so machte der erste Preisträger deutlich, worum es geht, wie es neuerdings *Hans Küng* formuliert hat: «Die Freiheit in der Gesellschaft und die Freiheit in der Kirche gehören unlösbar zusammen ... Befreiung kann gesellschaftlich nicht funktionieren, wenn innerkirchlich Freiheitsrechte mißachtet werden.» Küng sagte dies bei der jüngst (14. 1. 1988) vollzogenen zweiten Preisverleihung, galt sie doch wiederum einem Zeugen dieser «doppelten Freiheit»: *Christiaan Frederik Beyers-Naudé*.

Unseren Lesern wurde der neue Preisträger ein erstes Mal vorgestellt, als er 1977 ob seines Wirkens für die Annäherung von Schwarzen und Weißen von der Regierung *gebannt* wurde. *Denis Hurley*, katholischer Erzbischof von Durban, kam vorletztes Jahr auf ihn zurück und nannte ihn «Südafrikas größten Christen» (Orientierung 1985, S. 81; vgl. 1977, S. 225f.). Jetzt, bei der Laudatio in Tübingen, rief Naudés reformierter Glaubensbruder *Jürgen Moltmann* ebenfalls die acht Jahre von 1977-85 in Erinnerung, als der «Gebannte» durch sein Schweigen zu den Verzweifelten sprach und der «zum Verstummen Gebrachte zum Pastor der Erniedrigten und Stummen» wurde. Er zog eine Parallele zur Hugenottin Marie Durand und ihren Gefährtinnen, die im 17. Jahrhundert 38 Jahre lang in einem Turm (seither «Tour de la Constance» genannt) eingekerkert «die wahrhaft Freien in ihrem Land blieben» und den Widerstand gegen die Tyrannei (*Recister* heißt es auf dem Gedenkstein) aufrechterhielten. Auf Südafrika bezogen unterschied Moltmann zweierlei Schritte des Widerstandes: Ins eigene unterdrückte Volk gehen, um es zur Freiheit zu führen, wie es viele schwarze Pastoren und Priester tun, und als Weißer aus dem eigenen Volk, das die Tyrannei ausübt, heraustreten, d. h. «wie Abraham seine Verwandtschaft, seine Rasse und Klasse verlassen und zum Fremden im eigenen Volk werden»: der Weg von Beyers-Naudé. Wie dieser selbst die Krise in Südafrika und die Herausforderung an die Kirchen sieht, ist S. 27ff. und in der nächsten Ausgabe zu lesen.

Ludwig Kaufmann

JUDENTUM

Auschwitz-Woche 1987 in Krakau: Erinnerung an eine zerstörte große Tradition des polnischen Judentums - Nur noch fünf- bis sechstausend Juden - «Klub der katholischen Intellektuellen» (in Krakau) organisiert Veranstaltung zum polnisch-jüdischen Gespräch - Judentum im protestantisch-nationalkirchlich geprägten Preußen - Die Scho'a und das jüdische Selbstverständnis heute - Judenhaß im Polen der Zwischenkriegszeit - Von der Intoleranz zum Ethno- und Genozid - Auschwitz als der Ort des Bösen schlechthin - Katholisch-polnisches Nationalbewußtsein und sein Anspruch auf Ausschließlichkeit.

Simon Lauer, Luzern

SÜDAFRIKA

Gegenwärtige Krise - eine Herausforderung an die Kirche (1): Südafrikas Regierung leugnet die Existenz einer Krise - Kampf um Menschenrechte und politische Gleichberechtigung - Eine notwendige Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden - Apartheidpolitik schafft erst Rassenschranken und Mißtrauen - Neben den zivilen Strukturen wurde geheime militärische Kontrolle aufgebaut - Formen politischen Widerstandes werden verunmöglicht - Politik der Intervention und Destabilisierung gegenüber den Nachbarstaaten - Privatisierung sozialer Dienste auf Kosten der Armen - Einschränkung der Pressefreiheit - Politische Spaltung der Kirchen Südafrikas - Staatliche Gewalt förderte gewaltsame Radikalisierung der Bevölkerung - Unklare Stellungnahme der wichtigsten westlichen Staaten (vgl. auch die Titelseite).

C. F. Beyers Naudé, Johannesburg

ALGERIEN

Berber als Minderheit: 25 Jahre nach Gründung der Volksrepublik Algerien - Fortschreitende Arabisierung - Wachsende Proteste der Berber - Leben aus der Tradition einer dreitausendjährigen Kultur - Französische Kolonisatoren zerstörten systematisch die islamisch-arabische Kultur - Beteiligung am Befreiungskampf - Eine Kultur wird zur Folklore abgewertet - Die Chance, eine vielkulturelle Nation zu schaffen, wird verpaßt.

Martina Nähle, Bonn

ZEITGESCHICHTE

Politischer Katholizismus im Nachkriegsdeutschland: Zum Prozeß der Ablösung der Zentrums-partei durch die CDU - Katholischer Episkopat optierte für eine interkonfessionelle Unionspartei - Die «Gefahr von links» sollte damit gebannt werden - Die politikwissenschaftliche Fragestellung - Warum setzte sich die CDU gegenüber dem Zentrum durch? - Katholische Interessenpolitik reagierte auf den Wandel der Gesamtgesellschaft - Bereits um die Jahrhundertwende Tendenzen zur interkonfessionellen Öffnung des Zentrums - Legitimationsprobleme nach der erreichten konfessionellen Gleichberechtigung - Das politische Versagen von 1933 belastete eine kontinuierliche Weiterführung - Für interkonfessionelle CDU war Distanz zum Katholizismus erforderlich.

Wolfgang Schroeder, Offenbach

Auschwitz-Woche 1987

Als ich vom «Klub der katholischen Intellektuellen» in Krakau die Einladung zur Teilnahme an der Auschwitz-Woche (2. bis 8. November 1987) bekam, verdichteten sich wieder meine Erinnerungen an ein reiches Geistesleben, wovon mein Vater (in einem kleinen Städtchen des damals habsburgischen Galizien geboren) erzählt hatte, an die großen Gelehrten des 16. und 17. Jahrhunderts, an denen keiner vorbeikommt, der sich mit dem talmudischen Schrifttum befassen will, und deren Gräber ich in Krakau sollte besuchen dürfen; an die sozialen Differenzierungen und die Lebenspraxis polnischer Juden vor dem Krieg, wie ich sie in langjährigem Umgang mit Überlebenden kennenlernte; aber auch an die Klagen jüdischer Soldaten der nach der *Drôle de guerre* in die Schweiz abgedrängten und in unserer Nähe internierten polnischen Legion über den offenen brutalen Antisemitismus der nichtjüdischen Waffenbrüder. Meiner Bekanntschaft mit Juden, die in Polen von Nichtjuden versteckt und gerettet worden waren, standen die erschütternden Berichte von Pogromen nach Kriegsende (so 1946 in Kielce) und von der faktischen Vertreibung der übrigen Juden 1968 gegenüber.

Mein erster Besuch in Krakau galt der dortigen jüdischen Gemeinde. Der Eindruck war niederschmetternd. Von den einstigen dreieinhalb Millionen sind höchstens fünf- bis sechstausend Juden in Polen übriggeblieben, hoffnungslos überaltert, materiell völlig ausgepowert und ohne geistige Führung. Zwar gibt es in Warschau das «Jüdische Historische Institut», das offenbar gute und wichtige Arbeit leistet, sowie (auch in Krakau) einen Kulturklub, aber das religiöse Niveau ist sehr tief gesunken.

Vor diesem Hintergrund galt es also, sich gemeinsam mit polnischen katholischen Intellektuellen dem Phänomen «Auschwitz» zu stellen¹, wie die Gastgeber es schon zweimal im polnisch-jüdischen und im polnisch-deutschen Gespräch versucht hatten – unter nicht immer wohlwollender Duldung der Behörden, aber unter dem Patronat des Krakauer Erzbischofs Kardinal Macharski. Die Auschwitz-Woche gliederte sich in drei Teile: Zunächst wurden abendliche Vorträge für ein breiteres Publikum in Krakau und in Auschwitz veranstaltet; dann fanden zwei Kolloquien für geladene Gäste statt, und schließlich folgte ein «Kreuzweg» in Birkenau mit abschließendem Requiem unter der Leitung des dort residierenden Weihbischofs.

Wegen Unkenntnis des Polnischen konnte ich nur zwei öffentlichen Vorträgen folgen, die simultan ins Polnische übersetzt wurden. Dr. Franz von Hammerstein² ging auf die spezielle Spielart des preußischen Nationalismus protestantisch-nationalkirchlicher Prägung ein und betonte mit Nachdruck die Wichtigkeit persönlicher Begegnungen: Der Redner meinte, es hätte wohl manches anders ausgesehen, wenn Adolf von Harnack und Leo Baeck³ einmal miteinander gesprochen hätten. Dr. Gerhard Riegner⁴ bot eine einigermaßen konsensfähige

¹ Von «Auschwitz» zu sprechen, hat natürlich in Krakau der geringen räumlichen Entfernung wegen einen guten Sinn. Gegen die Verallgemeinerung dieses einen Ortsnamens und seine Erhebung zum Symbol für alles, was jederzeit und überall während der Herrschaft des Nationalsozialismus getan worden ist, möchte ich mich wehren: De facto werden die anderen Opfer dadurch doch in die Anonymität gedrängt, die so vielen verschiedenen und jeden einzeln betreffenden Leiden nivelliert. Das «Holocaust» ist ein bibel-griechischer Begriff und für dieses Geschehen kaum brauchbar. Der beste Ausdruck für das Nicht-Ausdrückbare bleibt wohl das hebräische Wort «Scho'a»: «Krachen und Bersten» (Zefanja 1,15).

² Dr. von Hammerstein, Sohn eines preußischen Generals, der 1933 den Dienst quittierte und in Dachau inhaftiert wurde, Gründer der «Aktion Sühnezeichen», ein paar (zu wenige) Jahre Leiter der Abteilung für das Gespräch mit den Angehörigen lebender Religionen beim Weltkirchenrat in Genf.

³ Rabbiner Leo Baeck hatte auf Harnacks *Das Wesen des Christentums* mit dem zum Klassiker gewordenen Buch *Das Wesen des Judentums* (1905, 2. veränderte Auflage 1921) geantwortet.

Darstellung heutigen jüdischen Selbstverständnisses. Wegen ihrer Bedeutung für aktuelle Diskussionen, die immer wieder aufbrechen können, sei aus dem stoffreichen Referat die Behauptung herausgehoben, es gebe keine christliche (oder überhaupt außer-jüdische) Parallele zum Trauma der Scho'a und dem daraus resultierenden Ringen mit Gott. (Dr. Riegners Vortrag enthielt eine ganze Menge von Aussagen, die es sehr wohl verdienten, publik zu werden; nur ist hier nicht der Ort dafür.)

Das Einführungsreferat zum Kolloquium über «Nationalismus, Antisemitismus, Christentum» hielt Jerzy Turowicz, Gründer und Chefredaktor der angesehenen Wochenzeitung «Tygodnik Powszechny». Nach der grundsätzlichen Feststellung, das Christentum sei universalistisch und personalistisch, also mit Nationalismus unvereinbar, sprach Turowicz doch von indirekten Beziehungen zwischen christlichem und nationalsozialistischem Antisemitismus, besonders im Hinblick auf den zwischen den Weltkriegen in Polen virulenten Judenhaß. Angesichts des Holocaust und der Tatsache, daß es nach einem Jahrtausend zum größten Teil von Toleranz bestimmter Geschichte fast keine Juden mehr in Polen gibt, sei der Dialog unumgänglich, zumal die Verurteilung des Antisemitismus durch die Kirche noch nicht ins Volk gedrungen ist. (Wie sehr er damit Recht hatte, zeigten zwei Diskussionsvoten: Ein junger Geistlicher fragte Dr. von Hammerstein, ob nicht der «Dialog» ein Verrat am Missionsauftrag des Evangeliums sei, und Dr. Riegner wurde gar mit den «Protokollen der Weisen von Zion» konfrontiert – die immer noch in einzelnen Kirchen feilgeboten werden.) Trotz vielfacher Hilfe für verfolgte Juden sei das Gewissen des polnischen Volkes nicht ganz rein; hier liege ein polnisch-christliches Problem, das behandelt werden müsse. In der Diskussion wurden verschiedene Themen aufgegriffen, so vor allem die Dialektik von Universalismus und Partikularismus, die sich zur Frage verdichtete, ob Israel überhaupt eine «Nation» sei. Eine Warnung vor leichtfertiger Theologisierung anders nicht zu deutender Fakten wurde von einem Teilnehmer dahin erweitert, daß dieser teils rein wirtschaftliche Erklärungen vorbrachte, teils der Geschichte Sprunghaftigkeit zutraute. (Es sei hier immerhin die Frage angemeldet, ob die Suche nach einer befriedigenden «Holocaust-Theologie» schon nach so wenigen Jahren als hoffnungslos aufzugeben sei.) Schließlich – und dies scheint mir im polnischen Kontext entscheidend – wurde Auschwitz als der Ort des Bösen schlechthin verstanden, dessen stets fortzweigende Macht nur durch das expiatorische Gebet zu überwinden und endlich durch dieses Gebet in Liebe zu verwandeln sei.

Intoleranz – Ethnozid – Genozid

Das zweite Kolloquium galt der Frage nach Möglichkeiten des Dialogs und der Zusammenarbeit verschiedener Kulturen; es wurde mit Ausführungen über so komplexe und in mancher Hinsicht unterschiedlich, in anderer Weise doch wieder gleich zu fassende Begriffe wie Judentum, Volk, Nation, Herrschaft und Recht eingeleitet. Die Lösung menschheitlicher Probleme setzt voraus, daß man einander belehre und bereichere, ohne durch Identitätsverlust einer Neurose anheimzufallen. Besonders die beiden ungarischen Teilnehmer (ein Slawist und ein Soziologe, beide Protestanten) vermochten die Vielfalt und die Brisanz der osteuropäischen Minderheitenprobleme sehr anschaulich darzustellen. Einer von ihnen verwies auf die Reihe «Intoleranz – Ethnozid – Genozid»: Im Hinblick auf Auschwitz gelte es, den Anfängen zu wehren. Leicht ist diese Aufgabe gerade unter den Bruderstaaten Osteuropas nicht: Einem der Ungarn wurde im Kultusministerium eingeschärft, er dürfe nur als Privatperson nach Polen reisen. Die Polen erzählten, es sei (abgesehen von den Devisenproblemen) für sie leichter,

⁴ Dr. Riegner stammt aus Deutschland und wirkt seit den frühen dreißiger Jahren als hervorragender Jurist beim «Jüdischen Weltkongreß» in Genf. Er hat zahlreiche Verdienste um die Rettung Verfolgter und um das christlich-jüdische Gespräch.

nach Frankreich (beispielsweise) zu reisen als in die DDR, geschweige denn in die Sowjetunion. Der Chefredaktor der Monatschrift ZNAK (in deren Räumen der «Klub» Heimatrecht hat) berichtete, das seit Jahren bereite Material für eine Nummer über die Ukrainer werde erst seit kurzem tropfenweise freigegeben.

Ein besonderes Diskussionsthema war das Gespräch zwischen Juden und Christen, das von der jüngeren Generation – angesichts der oben skizzierten Lage der Juden in Polen – als ebenso dringlich wie schwierig empfunden wird. Zwar ist man eifrig daran, das Material zur Erforschung der polnisch-jüdischen Geschichte zusammenzutragen und diese Forschung auch in Gang zu bringen (wobei das «Jüdische Historische Institut» eine nicht hoch genug zu schätzende Rolle spielt), zwar haben Buber, Rosenzweig und Lévinas einen festen Platz in der Studienordnung wenigstens der Jesuiten; aber eine Möglichkeit, die für die Ausformung von Judentum und Christentum in der Antike und für die Geistigkeit des vor-neuzeitlichen Judentums entscheidenden Dokumente zu studieren, scheint es kaum zu geben. Für die Atmosphäre, in der jede geistige Arbeit in Polen geleistet werden muß, war es m. E. bezeichnend, daß demjenigen am klarsten zugestimmt wurde, der ernstes Gebet und tiefen Glauben als unerläßliche Voraussetzungen für den Dialog nannte.

Auschwitz/Birkenau

Tiefgläubiges Gebet kennzeichnete die Prozession in Birkenau, an der ich, betreut vom derzeitigen Präsidenten des «Klubs», Andrzej Potocki, teilnehmen durfte. Ein Kreuzweg ist das wohl insofern nicht, als die Stationen nicht entsprechend gekennzeichnet und die vorgelesenen Texte nur zum Teil den neutestamentlichen Passionsberichten entnommen sind. Bei jedem Halt wurde gesagt, was an der betreffenden Stelle geschehen und wer gemartert worden ist: Das Martyrium der Juden wurde ebenso ausdrücklich erwähnt wie die besondere Grausamkeit, mit der christliche Priester behandelt worden sind; Edith Stein und Maximilian Kolbe wurden im gleichen Atemzug genannt (jene übrigens immer mit ihrem weltlichen Namen), dazu aber auch der viele Jahre später ermordete Priester Popieluszko – was einen deutlichen Hinweis auf die Lebendigkeit eines polnischen Nationalismus gibt, dessen höchst unerfreuliche Aspekte

zu überwinden gerade ein Ziel der Auschwitz-Woche war. Frauen und Männer, Geistliche und Laien, nicht wenige Jugendliche unter ihnen, schritten durch das aufgeweichte Gelände, immer wieder riefen sie kniend Maria an, bis sich die Anrufungen vom Hymnus auf die «Königin Polens» steigerten. Die Rede von «Triumphalismus» und «Vereinnahmung» erweist sich hier als Interpretament, das sich mit der Intention der Teilnehmer an diesem «Kreuzweg» wohl kaum deckt. In die Geschichtsschreibung einzugreifen, bleibt anderen Leuten vorbehalten: Etwa denjenigen, die den Bundisten³ Marek Edelman aus der Reihe der Widerstandskämpfer entfernt haben, oder denen, die ein Bild von Edith Stein im Ordenskleid in den jüdischen Pavillon zu praktizieren wußten. Dieses Doppelbeispiel bringt dem Betrachter das unerfreuliche Widerspiel religiöser und ideologischer Kräfte auf polnischem Boden zum Bewußtsein: Die einen wollen alles für das Regime vereinnahmen und bringen damit beide Vokabeln, «christlich» und «jüdisch», zum Verschwinden, die andern appellieren an ein zur Ausschließlichkeit tendierendes katholisch-polnisches Nationalbewußtsein, was jedoch eine dritte Gruppe nicht daran hindert, sich der in Auschwitz/Birkenau konkret gewordenen Gegenwart des Bösen als schlechthin Gläubige zu stellen. Nur so kann ich die drei Karmeliterinnen in Auschwitz einigermaßen verstehen, von denen mir berichtet worden ist: Es handelt sich um eine Deutsche und eine Polin, die beide in Auschwitz gefangen waren; die dritte hat als junges Bauernmädchen bei der Feldarbeit den Rauch und Geruch der Krematorien miterlebt. Was ich als Jude aus religiöser Sicht dazu zu sagen mich gedrängt fühle, gehört auf ein anderes Forum. Darum sei hier nur noch einmal herausgestellt, was mich während meines ganzen Aufenthaltes in Polen immer wieder bedrückt hat: Auch wenn manche Erscheinungsformen der institutionell-religiösen Präsenz bedenklich sind, müßte eine völlige religiöse Absenz ein Vakuum schaffen, das vom kommunistischen Regime ungesäumt und ungestüm erfüllt würde – zum Schaden jeglicher denkbaren Freiheit.

Simon Lauer, Luzern

³ Der «Bund», 1897 in Wilna gegründet, war bis in die Zeit des Zweiten Weltkrieges hinein die führende anti-zionistische sozialistische Bewegung. Sie erstrebte national-kulturelle Autonomie für die Juden in ihren Gastländern.

Die Krise in Südafrika und unsere Verantwortung

I. Die verheerenden Folgen der Apartheid*

Krise in Südafrika? Welche Krise? Die Regierung und die große Mehrzahl der Weißen verneinen, daß eine ernsthafte Krise besteht. Oder sie behaupten, daß eine kleine Gruppe von marxistisch-kommunistisch infiltrierten Agitatoren mit ihren radikalen Ideen versucht, die bestehende Ordnung zu zerstören. Wenn das der Fall wäre, wie würde man dann den immer wachsenden Widerstand von Millionen von Menschen erklären? Es wurde für die Regierung eine so bedrohende Entwicklung, daß sie sich gezwungen sah, einen Ausnahmezustand zu erklären. Im Laufe von achtzehn Monaten wurden ungefähr 30000 Menschen verhaftet (die meisten ohne Anklage), von denen 10000 junge Leute unter 18 Jahren waren. Inzwischen ist die Mehrzahl dieser Verhafteten wieder freigelassen worden (obschon neue Verhaftungen noch ununterbrochen stattfinden); scheinbar ist Ruhe und Ordnung wiederhergestellt. Die Zahl der grauenhaften «Halskrausenmorde» ist zurückgegangen; die Schüler sind wieder in die Schulen zurückgekehrt; allerdings werden die Ausnahmeregelungen noch immer gehandhabt. Nach wie vor

haben Polizei und Armee Vollmacht zu willkürlichem und unkontrolliertem Auftreten. Die Regierung hat neue Notmaßnahmen angekündigt, soweit sie diese für nötig erachtet. Besucher, einschließlich Touristen, die nach Südafrika kommen, bemerken wenig von einer Krise und machen uns manchmal den Vorwurf, wir würden eine falsche Darstellung der Realität geben.

Worin besteht denn die Krise, die ich hier erwähne? Nur wenn man sich die Mühe macht, unter die Oberfläche zu schauen, entdeckt man den wahren Charakter der Krise und merkt, wie sie sich in der Gesellschaft manifestiert. Meines Erachtens sind die folgenden Anzeichen die wichtigsten für die ernsthafte Krise in unserem Land:

Um Menschenrechte und politische Gleichberechtigung

Ich nehme an, daß Sie von der Tatsache wissen, daß nach der Verfassung der Republik Südafrika Schwarze (Africans) kein Wahlrecht haben und in keinerlei Weise im südafrikanischen Drei-Kammer-Parlament vertreten sind. Der Kampf in Südafrika ist im tiefsten ein Kampf um Menschenrechte und politische Gleichberechtigung für die 22 Millionen Schwarzen aus einer Gesamtbevölkerung von 32 Millionen. Politische Füh-

* Rede nach Empfang des Herbert-Haag-Preises, Tübingen, 14.1.1988, unter dem Titel «Die Krise in Südafrika als Herausforderung an die Kirche». Erscheint auch in: Evangelische Theologie Nr. 2/1988.

rungskräfte in der schwarzen Bevölkerung, die die Apartheid ablehnen, haben immer wieder betont, daß die eigentlichen Fragen jetzt nicht mehr das Erziehungsproblem, Löhne, Grundbesitz oder Hausversorgung sind (obwohl sie alle gültige und wichtige Ansprüche darstellen). Die zentrale Frage jedoch ist die des Wahlrechts. In den letzten zwei bis drei Jahren ist infolge der Unruhen und Konflikte in verschiedenen Teilen Südafrikas allmählich (obwohl manchmal mit starkem Widerwillen) zugegeben worden, daß Löhne und Gehälter für Schwarze verbessert werden müssen, daß die diskriminierende Erziehung verschwinden muß und daß auf lokaler Ebene eine größere Mitbeteiligung der Schwarzen in politischen und administrativen Entscheidungen eingeräumt werden muß. Wenn es jedoch zu der eigentlichen Frage und grundsätzlichen Herausforderung, also der Frage des allgemeinen Wahlrechts für alle südafrikanischen Bürger, schwarz, braun und weiß, kommt, dann antworten sowohl die Botha-Regierung als auch die Mehrzahl der Weißen mit einem eindeutigen, unzweifelhaften, starken NEIN. Und im Hintergrund hört man als Echo das Wort: NIE!

Solange dieser Konflikt zwischen schwarzer Forderung von wirksamer politischer Machtbeteiligung einerseits und weißer Verweigerung derselben andererseits ungelöst bleibt, wird es niemals Frieden in Südafrika geben. Obwohl Präsident Botha begrenzte Reformen durchgeführt hat, wird er, aus Angst vor der wachsenden Unterstützung, die die Konservative Partei bekommt, keine weiteren Reformen durchführen, die seine politische Lage gefährden könnten. So bleibt der Konflikt unlösbar.

Auf keinem anderen Gebiet spürt man so sehr, wie erfolgreich die Apartheidpolitik durchgeführt worden ist, wie auf der Ebene von Kontakten und Kommunikation zwischen weißen und schwarzen Menschen. Insbesondere haben die beiden Gesetze über Rassentrennung und getrennte Wohngebiete, nämlich der Race Classification Act (jetzt genannt: Population Registration Act) und der Group Areas Act Menschen von verschiedenen Hautfarben und ethnischen Hintergründen voneinander getrennt und entfernt. Wenn man auf das traditionelle System von rassistisch getrennten Erziehungsinstitutionen, auf das bisherige Eheverbot zwischen Weiß und Schwarz sowie auf andere bisher gültige Verbote von sozialem Kontakt zwischen Weißen und Schwarzen blickt, dann bemerkt man die erschütternde Auswirkung auf menschliche Verhältnisse: rassistische Haltungen von Superiorität und Inferiorität, Unkenntnis, die zu tief verwurzeltem Mißtrauen geführt hat, kulturelle und ethnische Mythen, die zur Wahrheit erhoben worden sind und unkritisch als Ideologie gerechtfertigt werden. Auf diese Weise ist Rassentrennung im Laufe der Zeit von der Mehrzahl der Weißen zum Lebensprinzip erhoben worden. Welche Hoffnung besteht, echte menschliche Kommunikation wiederherzustellen, wo so vieles über solch eine lange Periode hin so ernsthaft zerstört und vernichtet worden ist?

Teufliche Macht der Destabilisierungspolitik

Im vergangenen Jahr ist insgeheim ein breit gefächertes System von versteckter militärischer Kontrolle neben den bestehenden zivilen Strukturen aufgebaut worden. Die Existenz davon wurde nur bekannt durch einen ausführlichen Bericht in der *Weekly Mail*. Ein effektives Netzwerk von lokalen, regionalen und nationalen Ausschüssen, alle eng verbunden mit bestehenden zivilen Strukturen, ist aufgebaut worden, um alle Ebenen der Gesellschaft zu überwachen und darüber zu berichten. Die so einlaufenden Informationen werden ausgewertet und dienen dem Versuch, alle Anzeichen von Spannungen und Konflikten frühzeitig zu erkennen und Strategien zu entwickeln, um im Rahmen der Apartheidpolitik Lösungen zu finden, die die Herrschaftslage der Weißen nicht gefährden. Teil dieser Strategie ist die Einbeziehung ins System («Ko-option») von allen sogenannten gemäßigten schwarzen Führern, meistens dadurch, daß man ihnen einträgliche Positionen anbietet.

Auf diese Weise wird das gesamte gesellschaftliche Leben unter

direkte oder indirekte militärische Kontrolle gestellt; dazu wird bei Weißen als selbstverständlich vorausgesetzt, daß die Aktivität des Militärs in allen Bereichen der Gesellschaft anerkannt wird. Dadurch wird es möglich, alle Formen politischen Widerstands erfolgreich zu unterdrücken. Das Gegenteil ist aber auch wahr: Die politisch Unterdrückten werden gezwungen, ihre Strategien mehr und mehr im geheimen zu entwickeln. Und je brutaler und gewalttätiger die Sicherheitskräfte auftreten, desto radikaler und revolutionärer wird der Widerstand.

Der Ausdruck «Destabilisierung» wird häufig allgemein benutzt, um die Politik Südafrikas gegenüber den Nachbarstaaten zu beschreiben, insbesondere gegenüber Mosambik und Angola, aber auch gegenüber Lesotho, Swasiland, Botswana und Simbabwe. Ein nordischer Akademiker hat diese Politik folgendermaßen beschrieben: «Eine bewußte und systematische Politik seitens des südafrikanischen Apartheidregimes, sich auf Überfälle auf die Nachbarstaaten einzulassen mit dem Ziel, die Glaubwürdigkeit und Legitimität ihrer rechtmäßigen Regierungen dadurch zu untergraben, daß (ihre) Anstrengungen auf dem Gebiet der Entwicklung und des nationalen Wiederaufbaus praktisch undurchführbar gemacht werden.»

Absicht dieser Politik ist es, den Eindruck zu erwecken, daß nicht Apartheid als die Bedrohung angesehen wird, sondern ein von außen geführter Angriff, den der ANC mit Unterstützung marxistisch-infiltrierter Mächte durchführt. Zur Erreichung dieses Ziels schickt Südafrika seine Sicherheitskräfte von Zeit zu Zeit in die Nachbarstaaten hinein und läßt außerdem bedeutende militärische Unterstützung Contra-Gruppen wie UNITA in Angola und MNR in Mosambik zukommen. Diese beiden Länder, die vor allem Opfer dieser Politik geworden sind, haben bis jetzt einen furchtbaren Preis dafür zahlen müssen. Joe Hanlon (*South African Review* Nr. 4, Ravan Press, Jg. 1987, S. 340) hat errechnet, daß infolge dieser Politik in Mosambik und Angola insgesamt 735 000 Menschen gestorben sind. Der UNICEF-Bericht von 1987 berechnet, daß die SADCC-Mitgliedsländer zwischen 1980 und 1986 insgesamt 25–30 Milliarden US-\$ verloren haben als Folge von Südafrikas Destabilisierungspolitik.

Jeder, der einen Sinn für Gerechtigkeit hat und der ernsthaft nach der Wahrheit sucht, wird mit Entsetzen erfüllt sein über die teuflische Art und Auswirkung dieser Politik, wo Millionen von Menschen unschuldige Opfer dieser unmenschlichen Politik werden. Die Destabilisierungspolitik erscheint erst dann in ihrer ganzen teuflischen Macht, wenn man erkennt, daß sie nicht nur die Außen-, sondern auch die Innenpolitik Südafrikas als eine Politik bewußter und planmäßiger Destabilisierung umfaßt. In Südafrika tritt sie in Erscheinung durch die Sicherheitsgesetze, Verhaftungen ohne Verfahren, «Vigilantes» und Scheinregierungen in den sogenannten Heimatländern («Homelands»). Dazu kommt noch die neueste Entwicklung im Bereich der sozialen Dienste, wo sich die Regierung durch Privatisierung und Deregulierung («deregulation», also Entflechtung aus der Verantwortung des Staates) ihrer Verantwortung für soziale Versorgung mehr und mehr entzieht. Dadurch vermehren sich die Kosten für solche Dienste mit der Konsequenz, daß die ärmeren Teile der Bevölkerung als erste und am meisten darunter zu leiden haben. Gleichzeitig werden in begrenztem Maße Dienstleistungen durch die sogenannten «Joint Management Centres» unter Kontrolle des Militärs angeboten mit dem Ziel, dadurch die Unterstützung der Bevölkerung für die Regierungspolitik zu bekommen.

Verbot friedlicher Widerstandsformen

In jedem modernen, zivilisierten Staat, besonders in den westlichen Demokratien, wird allgemein angenommen, daß den Bürgern eine Fülle von Möglichkeiten an gewaltlosem Widerstand und Protest offensteht. In den westlichen Demokratien werden normalerweise Arbeitsstreiks, Boykotte, bestimmte Formen zivilen Ungehorsams als gültige Formen von Protest angesehen.

In Südafrika waren solche Formen von Protest schon jahrelang ernsthaft eingeschränkt. Sobald der Eindruck entstand, daß eine friedliche Widerstandsaktion sich erfolgreich durchsetzte, hat die Regierung sofort mit gesetzlichen Gegenmaßnahmen versucht, solchen Widerstand zu unterdrücken. Seit der Erklärung des Ausnahmezustandes sind eine Reihe von Verbotmaßnahmen angekündigt und durchgeführt worden, die sehr ernste Folgen haben und eine friedliche Lösung unserer Probleme in Südafrika erschweren. Aufrufe zu legalen, friedlichen Protestaktionen wie Miet- und Verbraucherboykotte, Streiks und andere Strategien zivilen Ungehorsams sind verboten und unter hohe Strafen gestellt worden. Die Pressefreiheit, die schon erheblich eingeschränkt war, ist noch weiter begrenzt worden. Die sogenannte alternative Presse, deren Anti-Apartheid-Berichte der Regierung zu kritisch erscheinen, ist von neuen Maßnahmen betroffen. Nach ein oder zwei Warnungen kann eine Zeitung oder eine Zeitschrift für drei Monate verboten werden. Vier Publikationen sind schon gearmt worden. Darunter befinden sich die Wochenzeitungen *New Nation* (Eigentum der Südafrikanischen Katholischen Bischofskonferenz) und *Weekly Mail*, die beide regelmäßig Nachrichten veröffentlichen, die man meistens in keinen anderen Zeitungen findet.

Eine weitere, ebenso ernsthafte Bedrohung zeigt sich in neuen Maßnahmen gegen die Universitäten. Die Universitätsleitungen sollen gezwungen werden, strikte Kontrolle über sogenannte radikale Dozenten und Studenten auszuüben. Wenn sie das nicht nach den Erwartungen der Regierung tun, besteht die Gefahr, daß die Regierung die staatliche Beihilfe (die pro Universität 80% ausmacht) kürzt oder einstellt. Auf diese Weise werden Akademiker gezwungen, Polizeiagenten oder Spitzel zu werden. Die Gewerkschaften sind auch gearmt worden, daß in der nächsten Parlamentssitzung eine neue Arbeitsgesetzgebung vorgelegt werden soll. Dadurch sollen Gewerkschaften bei Arbeitskonflikten gezwungen werden können, Stillhalteperioden von drei Monaten einzuhalten, ehe ein legaler Streik ausgerufen werden kann. Gewerkschaftsführer sollen persönlich verantwortlich gemacht werden können für Schäden, die durch einen illegalen Streik entstehen.

Durch alle diese und andere schon bestehende gesetzliche Maßnahmen oder willkürliche Regelungen wird vieles, was der Bevölkerung rechtlich und rechtmäßig zusteht, als Unrecht deklariert. Fast alle friedlichen Protestäußerungen werden damit illegal und können unterdrückt werden. Die Folge dieser Unterdrückungsaktion ist, daß den Gegnern der Apartheidpolitik keine andere Wahl bleibt, als entweder den Unrechtsgesetzen den Gehorsam zu verweigern oder zur Gewalt zu greifen. Und gerade das ist es, was wir in den letzten zwei Jahren erlebt haben und noch mehr erleben werden. Die Krise verschärft sich.

Politische Spaltungen der verschiedenen Kirchen

Die politische Spaltung innerhalb der verschiedenen Kirchengruppen in Südafrika ist allgemein bekannt. Bekannt ist auch, daß im allgemeinen die Kirchen in Südafrika aufgrund ihrer politischen Einstellungen in vier Gruppen eingeteilt werden können:

erstens die drei weißen burischen Kirchen, die entweder die Politik Bothas unterstützen oder, noch weiter rechts, die Konservative Partei von Dr. A.P. Treurnicht oder die Afrikaanse Weerstandsbewegung (AWB);

zweitens die Mitgliedskirchen des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC), die Apartheid ablehnen und ihr widerstehen;

drittens die Pfingst-, Baptisten- und charismatischen Kirchen, die sich im allgemeinen als nicht politisch verstehen;

viertens die große Zahl von schwarzen unabhängigen (einheimischen) Kirchen, die im allgemeinen unpolitisch oder politisch konservativ sind. Die größte von ihnen ist die Zion Christian Church (ZCC).

Politisch konservative Kirchenführer aus den USA (die zumeist

Xaver Pfister

Der vergessene dritte Klang

Das Recht des Christen auf den eigenen Weg
Christophorus-Verlag, 112 Seiten, kart., Fr. 15.70

Das Buch wendet sich gegen die Halbwahrheit, daß Selbstliebe und Selbstverwirklichung des Christen seiner Gottes- und Nächstenliebe im Wege stünden. Es ist ein notwendiges Plädoyer für den «vergessenen dritten Klang»: für die Liebe zu sich selbst, für das Recht jedes Christen, sich mit aller Kraft einzusetzen für das Gelingen des eigenen Weges, für seine Selbstverwirklichung. Dieses Plädoyer steht auf sicherem biblischem Fundament.

BUCHHANDLUNG DR. VETTER

Schneidergasse 27
4001 Basel, Tel. 061 259628

auch Unterstützer der Politik Reagans sind), aus der Bundesrepublik (gleichfalls Personen, die im allgemeinen politisch konservative Überzeugungen vertreten), aus der Schweiz, England und Schottland werden regelmäßig eingeladen, nach Südafrika zu kommen. Verschiedene von ihnen vertreten auch Kirchengruppen, die von Zeit zu Zeit große Evangelisations- und Bekehrungskampagnen unter Weißen (und Schwarzen!) in Südafrika veranstalten. Weiterhin fällt auf, daß im allgemeinen diese Kirchenführer behaupten, daß sie gegen Apartheid sind, aber daß sie ebenso stark betonen, daß sie Gewalt und Sanktionen ablehnen. Viele von ihnen sind politisch so naiv, daß sie nicht verstehen, wie in Südafrika ihre Äußerungen vom staatlich kontrollierten Fernsehen und Rundfunk und von der Presse mißbraucht werden, um die Regierungspolitik zu stützen. Sie wissen vielleicht auch nicht oder sehen nicht ein, wie ihre Meinungen und Kampagnen ausgenutzt werden, um die schwarze Bevölkerung theologisch und politisch weiter zu spalten. Gleichzeitig werden hinter der Bühne im Lande selbst bewußte Versuche unternommen, christliche Gruppen und Organisationen zu Stellungnahmen gegen die Führerschaft einflußreicher Kirchen wie der anglikanischen (Erzbischof Desmond Tutu), der katholischen (Erzbischof Dennis Hurley), der methodistischen und der Niederduitse Gereformeerde Sendingkerk (Dr. Allan Boesak) zu veranlassen und mit Gegenaktionen Frieden und Ordnung in diesen Kirchen zu stören. Die Verwirrung, die dadurch entsteht, daß alle Kirchen bekennen, Jesus Christus als ihrem Herrn und Erlöser anzugehören und ihm zu gehorchen, gefährdet die Glaubwürdigkeit der Kirche und erschwert ihr Zeugnis.

Radikalisierung und Hinwendung zur Gewalt

Die Krise in Südafrika zeigt sich weiter darin, daß man in den letzten zwei Jahren (und besonders seit Ausrufung des Ausnahmezustands) bei vielen, besonders jüngeren Leuten in der schwarzen Gesellschaft hat feststellen können, wie stark die Überzeugung gewachsen ist, daß Gewalt in der Form von bewaffnetem Widerstand leider notwendig geworden sei. Die Gewalt des ganzen Apartheidsystems, weitverbreitete und fortgesetzte Verhaftungen, blutige Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften einerseits und protestierenden Gruppen andererseits, brutale Einschränkung von friedlichen Protestmöglichkeiten, versteckte militärische Ausbildung und Unterstützung von Vigilante-Gruppen in der schwarzen Gesellschaft (wie wir das z. B. häufig erleben in den blutigen Kämpfen zwischen Unterstützern von Inkatha und der UDF) – dies alles sind die Hauptfaktoren, die zu weiterer Radikalisierung, blutigen Auseinandersetzungen und der Zunahme von Gewalt führen.

Diese bedrohliche Entwicklung, besonders in den letzten zwei bis drei Jahren, wird durch manche Kirchen und Kirchenführer mit großer Sorge wahrgenommen. Alle Kirchen, die gegen Apartheid sind, haben auch Gewalt als Methode zur Lösung des Konfliktes verurteilt und abgelehnt. Ständig werden Versu-

che unternommen (meistens in der Stille), um Frieden und Versöhnung zu erreichen – bislang ohne Erfolg. Hauptgrund für dieses Mißlingen scheinen mir zwei Faktoren zu sein: erstens die diametral gegeneinanderstehenden politischen Überzeugungen innerhalb der südafrikanischen Kirchen, wodurch ein einheitliches Auftreten beinahe unmöglich ist; und zweitens die Tatsache, daß die Anti-Apartheid-Kirchen, die sich so stark gegen Gewalt ausgesprochen haben, bis jetzt keine erfolgreiche gewaltfreie Strategie entwickelt und durchgeführt haben. Dadurch verschärft sich die Krise in Kirche und Gesellschaft, und es wächst die Gefahr, daß sich die Internalisierung des Konfliktes, augenscheinlich zwischen Schwarz und Schwarz, in Zukunft unvermeidlicherweise auf die weißen Wohngebiete und die Arbeitsstellen, wo Weiße und Schwarze zusammenarbeiten, ausweiten wird.

Keine klare Stellungnahme des Westens

Allgemein wird angenommen, daß die westlichen Staaten, insbesondere die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland, aufgrund ihres großen wirtschaftlichen Interesses in Südafrika, genügenden Einfluß durch Druck auf Südafrika ausüben können, um die Politik der Apartheid zu beenden. Untersuchungen verschiedener Forschungsinstitute, wie z. B. die des Starnberger Instituts, haben in überzeugender Weise gezeigt, daß, wenn der echte Wille besteht bei den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik, mit Hilfe der Schweiz und Japan diese Länder mit selektiven Formen von Sanktionen Südafrika vor die Wahl stellen können, entweder zu politischen Verhandlungen mit den Befreiungsbewegungen und den erklärten politischen Gegnern der Apartheid innerhalb Südafrikas zu kommen, oder der realistischen Möglichkeit ins Auge sehen zu müssen, ihre gesamte Wirtschaft zusammenbrechen zu lassen. Wenn man aber alle Äußerungen von Margaret Thatcher, Ronald Reagan und Helmut Kohl über Südafrikas Apartheidpolitik kritisch analysiert, kann man nur die folgende Schlußfolgerung ziehen: Diese Länder sind ganz grundsätzlich nicht bereit,

entschieden gegen Apartheid Stellung zu nehmen und erfolgversprechende gewaltfreie Maßnahmen gegen das Apartheidregime zu ergreifen und, wo nötig, zu erzwingen. Die Botha-Regierung nutzt diesen Mangel an effektivem Auftreten aus, um ihre Reformpolitik weiterzuführen, sofern sie die politische Herrschaftsposition der weißen Bevölkerung nicht gefährdet. Das bringt mit sich, daß die unterdrückte Mehrheit der Bevölkerung ihre Hilfe überall dort sucht, wo irgendwo eine Möglichkeit besteht, eine helfende Hand zu finden, gleich aus welcher Ecke sie angeboten wird.

Die Haltung der genannten westlichen Staaten wird sehr stark beeinflußt durch ihr Verhältnis zu und Urteil über die politischen Ziele und Absichten der Sowjetunion. In Südafrika hat Botha (und vor ihm Vorster und Verwoerd) immer seine weißen Wähler in das Lager der Angst getrieben mit seiner Propaganda von einem totalen Überfall («total onslaught») durch marxistisch-kommunistische Mächte, die, nach Botha, als Endziel haben, ganz Afrika unter kommunistische Herrschaft zu stellen. Obwohl zuverlässige Nachforschungen in den letzten Jahren überzeugend bewiesen haben, daß die Sowjetunion keine solchen Absichten mit Afrika hegt und daß, im Gegenteil, deutliche Anzeichen bestehen, daß Rußland ohne Gesichtsverlust sich gerne von bestimmten Gebieten in Afrika zurückziehen möchte, besteht beinahe keine Kenntnis einer solchen Entwicklung bei der weißen südafrikanischen Wählerschaft. Die Initiative, die Michail Gorbatschow jetzt ergriffen hat, um die Gefahr eines Weltkrieges abzubauen, schafft für Südafrika eine ganz neue Lage. Wenn die momentanen politischen Verhandlungen zwischen Gorbatschow und Reagan zur weiteren politischen Entspannung führen, wird dies einen tiefgreifenden Einfluß auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im ganzen südlichen Afrika ausüben. Man möchte gerne wissen, wenn es nicht mehr möglich ist, das kommunistische Rußland als staatsgefährdende Bedrohung hinzustellen, wer denn dann das neue Feindbild sein wird; vielleicht Mugabe? (Zweiter Teil folgt.)

C. F. Beyers Naudé, Johannesburg

Algeriens Berber – Zur Situation einer Minderheit

Im vergangenen Jahr feierte die Volksrepublik Algerien ihr 25jähriges Bestehen. 1962 hatte ein erbitterter Befreiungskrieg der Nordafrikaner nach mehr als sieben Jahren zur Gründung eines eigenen Staates geführt. 132 Jahre hatte die französische Kolonialherrschaft gedauert, die ein wirtschaftlich ausgepreßtes und kulturell unterdrücktes, zudem von den Kämpfen verwüstetes Land zurückließ.

Heute gehört Algerien, mit fast zweieinhalb Millionen Quadratkilometern zweitgrößtes Land des afrikanischen Kontinents, zu den technologisch höchstentwickelten Staaten der Dritten Welt. Der noch vor Erlangung der Unabhängigkeit entdeckte Ölreichtum begünstigte den wirtschaftlichen Aufschwung des jungen Staates. Es ist erstaunlich, welche enorme Entwicklung auch im Bereich der Bildung, der Medizin, des Wohnungsbaus im Laufe eines Vierteljahrhunderts vorangetrieben werden konnte. Zumal wenn man weiß, daß sich die algerische Bevölkerung seit der Unabhängigkeit mehr als verdoppelt hat¹ – heute ist jeder zweite Algerier jünger als 20 Jahre! Kritik gibt es natürlich immer, wenn Bilanz gezogen wird. Negative Stellungnahmen beklagen insbesondere die geringe Produktivität der Landwirtschaft sowie die damit zusammenhängende Versorgungslage der Bevölkerung; Unzufriedenheit herrscht auch im Wohnungssektor vor. (Oft leben vier Genera-

tionen auf engstem Raum unter einem Dach; Grund genug für manche jungen Leute, besonders Frauen, sich nur zögernd zu einer Heirat zu entschließen.) Mit Abstand häufigster Anlaß zur Kritik ist das zuweilen geradezu kafkaeske Netz algerischer Bürokratie, die zu Recht von manchen als Überspitzung kolonialer Vorlagen gesehen wird. Meist sind aber all diese kritischen Anmerkungen gleich mit dem Nachsatz zu hören, daß der Staat «eben noch in den Kinderschuhen» stecke; wohlwollende Nachsicht und Stolz auf das Geleistete herrschen vor.

Mit einer – allerdings schwerwiegenden – Ausnahme: Die Bevölkerungsgruppe der Berber protestiert in den letzten Jahren immer nachdrücklicher gegen ihre Situation; sie fühlt sich angesichts der fortschreitenden und programmatischen Arabisierung des Landes in ihrer kulturellen und nationalen Identität bedroht, ja mißachtet und unterdrückt. In den achtziger Jahren hat es immer wieder Demonstrationen und Streiks der Kabylern gegeben, die, meist von den Universitäten ausgehend, das Recht auf die eigene Sprache und Kultur einforderten. Die von der Regierung als «Partikularismus» apostrophierte Autonomie-Bestrebung trifft man in den – mehr und mehr in die Opposition gedrängten – Berberkreisen bislang weniger häufig an, als offizielle Organe nahelegen.

Jedenfalls reagierte die Regierung außerordentlich hart: Hunderte von Studenten wurden festgenommen und mit zum Teil jahrelangen Haftstrafen belegt, Intellektuelle und Künstler erhielten Berufs- und Redeverbot oder wurden systematisch aus der Öffentlichkeit verdrängt. Der Fall des kabyllischen Sängers *Ait Menguellet*, der unter dem Vorwand illegalen Waffenbesit-

¹ Die Bevölkerung ist von zehn Millionen im Jahr 1962 auf mittlerweile 25 Millionen angewachsen. Man rechnet mit 40 Millionen Einwohnern im Jahr 2000. Vgl. Yves Cuau, *Un quart de siècle ...*, in: *L'Express*, 10. Juli 1987, S. 17.

zes – er besaß eine Sammlung historischer Krummdolche und Musketen – inhaftiert wurde, ist da nur einer unter vielen.

Wie kommt es zu einer so scharfen Reaktion auf Manifestationen berberischen Bewußtseins? Erklärte nicht noch *Ahmed Taleb Ibrahim*, ehemaliger Kultur- und Informationsminister: «Wenn man sagt, daß Algerien aus Berbern und Arabern besteht, so ist das falsch. Die Algerier sind nichts weiter als mehr oder minder arabisierte Berber.»²

Kabylen wehren sich gegen Arabisierung

Tatsächlich verstehen sich 25 bis 30% der Bevölkerung heute noch als Berber und sprechen vorwiegend eine Berbersprache.³ Historisch gesehen sind die Berber ein Mischvolk aus Hamiten und Semiten, das schon lange vor den phönizischen und römischen Eroberungszügen den Maghreb bevölkerte. Man geht im allgemeinen von einer etwa dreitausendjährigen Kultur aus.⁴ Es gibt Berberstämme in ganz Algerien mit sehr unterschiedlichen Lebensformen und religiösen Vorstellungen: die Nomadenstämme der Tuareg im Süden, die mit den marokkanischen Rifkabylen verwandten strenggläubigen Mozabiten der Nordsahara⁵, die Bewohner der Großen und der Kleinen Kabylei. Diese Kabylen (von arabisch «qabail» = Stämme) sind die algerischen Berber der Hochebenen zwischen dem Tellatlas und dem Saharaatlas, ein Volk seßhafter Bauern, die früher mehr recht als schlecht vom Oliven- und Feigenanbau lebten, heute mehr und mehr in die Städte abwandern müssen. Da die kabyllischen Hochtäler von jeher ein leichtes Angriffsziel marodierender Nomaden und ausländischer Eroberer waren, ist die Bevölkerung hier stärker vermischt als in anderen Gegenden Algeriens; man trifft sowohl den dunkelhäutigen romanischen Typ an wie rothaarige, blauäugige Berber. Die Sitten der Kabylen sind im Vergleich zu denen der streng praktizierenden Moslems der Städte oft unorthodox – die Frauen gehen unverschleiert, bunte Trachten beherrschen das Bild, Moscheen gab es, zumindest bis zur Revolution, so gut wie gar nicht in den kabyllischen Dörfern. Übrigens ist gerade bei den Kabylen neben der islamischen auch die christliche oder jüdische Religion anzutreffen.

Die Kabylen sind es, die heute ihre Forderung nach kultureller Identität mit besonderer Vehemenz vorbringen, die zum politischen Zündstoff geworden sind im «arabischen, islamischen, algerischen Staat» (so Präsident *Chadli Bendjedids* ausdrückliche Definition⁶).

Schon *Ahmed Ben Bella*, Organisator der Befreiungsbewegung FLN und erster Präsident Algeriens, rief den Massen in einer seiner ersten Reden nach Erlangung der Unabhängigkeit ein dreifaches «Nous sommes des Arabes» zu.⁶ Dies war nicht lediglich ein Tribut an die tatkräftige Hilfe der Arabischen Liga während der Revolution, sondern es lag diesem Credo vielmehr schon die Erkenntnis zugrunde, daß der Islam und das «Arabertum» dem jungen Staat auf seinem Weg ein dringend benötigtes Integrationsmodell anboten.

Wenn man verstehen will, warum die Etablierung des algerischen Staates geradezu zwangsläufig auf der Herausstellung arabischen Erbes fußt, muß zunächst daran erinnert werden,

² Siehe Abdelkader Rahmani, L'Identité berbère et le refus d'être l'autre, in: Le Monde, 25. April 1980, S. 5.

³ Eine ausgezeichnete Einführung in Geschichte und heutige Situation der Berber im gesamten Maghreb ist das Buch von Gerhard Schweizer, Die Berber. Ein Volk zwischen Rebellion und Anpassung. Salzburg 1981. Der folgende Abschnitt bezieht sich auf seine Darstellungen.

⁴ Nicht wenige Berber sind in der Weltgeschichte hervorgetreten: Augustinus und Tertullian sowie Massinissa, König von Numidien, und der römische Kaiser Septimius Severus sind vielleicht die bekanntesten.

⁵ Bewohner des Mزاب-Gebietes, dessen Hauptort Ghardaia mit der heiligen Stadt Beni Isguen ist.

⁶ Siehe Daniel Junqua, Le patrimoine culturel national n'est pas le monopole d'une région ..., in: Le Monde, 19. April 1980, S. 42, sowie Thankmar von Münchhausen, Ein Kulturkampf in Algerien. Die Arabisierung bedroht die Berber, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. April 1980, S. 12.

Die Domschule e.V., Kath. Akademie für Erwachsenenbildung der Diözese Würzburg, sucht zum 1. Mai 1988 eine kirchlich engagierte

Persönlichkeit als Geschäftsführerin

Sie muß fähig sein, die gesamte Büroarbeit in Domschule und Theologie im Fernkurs selbständig und verantwortlich zu organisieren (dazu zählen u. a. Korrespondenz, Haushaltführung, Werbung, Betreuung von Teilnehmern und Referenten, Organisation von Veranstaltungen).

Sie muß Mitarbeiter führen, ein angenehmes Betriebsklima gestalten und im Team arbeiten können.

Sie sollte interessiert sein, sich ständig weiterzubilden, und die Aufgabe als Dienst für die Kirche verstehen, sie ist an die Weisungen der Domschulleitung gebunden.

Vorausgesetzt werden rasches Auffassungsvermögen, sorgfältiges Arbeiten, Umsicht, Übersicht, Ideenreichtum und geistige Beweglichkeit.

Verlangt wird Berufserfahrung, möglichst in einer Einrichtung der Erwachsenenbildung.

Erwünscht sind theologische Kenntnisse.

Die Vergütung erfolgt nach den üblichen Sätzen des BAT V/IV

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an die Domschule e.V., Akademie für Erwachsenenbildung der Diözese Würzburg, Postfach 368, 8700 Würzburg 11.

wie radikal und systematisch die französischen Kolonisatoren die 1830 bei ihrem Einzug vorgefundene islamisch-arabische Kultur angegriffen und zerrüttet haben.

Franzosen als Unterdrücker islamisch-arabischer Kultur

Kurz nach der Besetzung Algeriens, im Jahr 1834, berichtet ein Mitglied der Pariser Afrikakommission, daß «praktisch alle Araber lesen und schreiben können»⁷; Algerien besaß damals schon über 2000 arabische Schulen und vier Universitäten.

Institutionen arabischer Kultur und islamischen Kults wurden zu einem großen Teil durch Schenkungen gläubiger Muselmanen finanziert, die den Grundstock der «Habous» darstellten. Diese Güter der islamischen Religionsgemeinschaften wurden gleich zu Beginn der französischen Kolonialherrschaft enteignet, die enteigneten Domänen den landsuchenden «colons» verkauft und mit dem Erlös unter anderem auch die Finanzierung der katholischen Kirche Algeriens bestritten! Sitz des Erzbischofs von Algier wurde die gewaltsam eingenommene *Djemma Kehaouah*-Moschee, und obwohl am 5. Juli 1830 offiziell die Freiheit des Islams anerkannt worden war, betrieben die neuen christlichen Herren systematisch seine Unterdrückung. Schriftgelehrte des Korans wurden nicht mehr ausgebildet, arabische Schulen geschlossen.⁸

Darüber hinaus wurde das Arabische nicht nur als Amtssprache abgeschafft, sondern auch der Unterricht in arabischer Sprache verboten; 1954, beim Ausbruch des Unabhängigkeitskrieges, beläuft sich der Anteil der Analphabeten unter der muslimischen Bevölkerung auf 80%.⁹ Für die wenigen «Glück-

⁷ Vgl. Gert von Paczensky, Weiße Herrschaft. Eine Geschichte des Kolonialismus. Frankfurt 1979, S. 370.

⁸ Zu den in diesem Abschnitt geschilderten Vorgängen vgl. Werner Plum, Algerien – oder der umstrittene Erdteil, in: Die Besinnung 11 (1956) H. 4/5, S. 168–171.

NOTRE-DAME DE LA ROUTE

So., 17. April (18.00) bis Fr., 22. April (13.00)
So., 9. Oktober (16.00) bis Sa., 15. Oktober (13.00)

Ganzheit und Affektivität

Exerzitien nach Teilhard de Chardin
mit Richard Brüchsel SJ

So., 8. Mai (18.00) bis Sa., 14. Mai (13.00)

Ignatianische Exerzitien

mit Einzelbegleitung
mit Hubert Holzer SJ

Anmeldung:

Notre-Dame de la Route, 21, ch. des Eaux-Vives
CH-1752 Villars-sur-Glâne/Fribourg
Tel. 037/240221

lichen», die als Einheimische französische Schulen besuchen dürfen, hat eine kulturelle Abnabelung vom eigenen Volk begonnen – die witzelnden Anspielungen auf den kolonialen Geschichtsunterricht («nos ancêtres les Gaulois») werfen ein Schlaglicht auf diese absurde Situation. Die moslimische Kultur schien praktisch zerstört. Seit den zwanziger Jahren aber hatten sich einige Interessierte an die berühmte *Al Azhar* begeben, die arabische Hochschule in Kairo, um Koranstudien zu betreiben. Dieser Kern von Neuen Schriftgelehrten (= Ulema) führte 1931 zur Gründung der «Gesellschaft der Ulema» in Algier. Mit Hilfe von Spenden aus dem eigenen Land und den arabischen Nachbarstaaten gelang es ihr, trotz ständiger Repressalien der französischen Kolonialmacht einschließlich des katholischen Klerus in Algier, arabische Schulen neu zu gründen. Der permanente Druck der Europäer auf die islamischen Einrichtungen und ihre Vertreter sollte dazu führen, daß sich die Ulema 1956 auf die Seite der FLN stellten. Es kam so, wie *Werner Plum* damals schrieb, daß nämlich «durch die Kreuzzugsstimmung der einen die Erinnerung an den Heiligen Krieg bei den anderen geweckt» wurde.⁹ Die anfängliche Verhandlungsbereitschaft der Ulema und den politischen Fehlschluß der Algerienfranzosen in dieser Situation schildert auch *Albert Camus* in einem «Express»-Artikel vom 9. Juli 1955: «Seit 30 Jahren haben wir dem arabischen Volk viel versprochen und so gut wie nichts gehalten. 1936, zur Zeit der Pläne von Blum-Violette, war die äußerste Forderung der heute nationalistischen Ulema noch die Assimilation. Sie erbaten für ihr Volk ein paar französische Bürgerrechte – lasteten doch auch die Staatsbürgerpflichten, vor allem der Militärdienst, auf ihm. Der Blum-Violette-Entwurf kam – wenn auch zaghaft – diesem Wunsch entgegen. Die Reaktion der Algerienfranzosen hierauf war aber so heftig, daß der Entwurf nicht einmal vor die Ausschüsse kam. An diesem Tag verpaßte Algerien seine größte Chance. Die Führer der Algerienfranzosen dachten 1936 wie auch heute noch ernsthaft, sie würden neben ihren eigenen Interessen zugleich die französische Präsenz unterstützen: in Wirklichkeit versetzten sie ihr den Todesstoß.»¹¹

Die verheerenden Folgen dieser «verpaßten Chance» – wie immer man auch über die Wünschbarkeit und Möglichkeit einer Assimilation denken mag – sind hinlänglich bekannt.

Araber waren ihrerseits schon Invasoren

Daß es mir in dieser – notwendig komprimierten – historischen Darstellung nicht um den nochmaligen Nachweis französischen oder gar kolonialen Unrechts schlechthin geht, dürfte klar sein; hierüber haben längst kompetentere Verfasser verschiedenster politischer und wissenschaftlicher Ausrichtungen ausführlich

geschrieben. Es gilt aber zu betonen, daß das islamisch-arabische Selbstverständnis Algeriens gerade aus seiner langen Unterdrückung Stärke und zusätzliche Legitimation bezieht. Dabei ist es keineswegs so selbstverständlich, wie es dem Ausländer auf den ersten Blick erscheinen mag. Historisch gesehen sind auch die Araber als Invasoren ins Land gekommen, und die gemeinsame Geschichte der arabischen und berberischen Bevölkerung Algeriens ist die einer ständigen Auseinandersetzung.

Der ersten islamischen Unterwerfung im 7. Jahrhundert setzten die Berber, unter der Führung der legendären jüdischen Berberkönigin *El Kahina* (= die Prophetin), den heftigsten Widerstand entgegen, dem arabische Truppen je begegnet waren.¹² In den sich anschließenden Jahrhunderten erfolgte zwar eine langsame Islamisierung, nicht aber Arabisierung der berberischen Bevölkerung. Das 12. und 13. Jahrhundert brachte eine zweite arabische Invasionswelle, die nunmehr eine radikale Umwälzung des ethnischen Gleichgewichts bewirkte. Die Berber wurden kulturell und politisch immer mehr zurückgedrängt. Dies wurde durch den Umstand erleichtert, daß die Berber keine zentrale Organisationsstruktur kannten, im Gegenteil wohl einen ausgeprägten Sinn für Stammeszugehörigkeit pflegten, ansonsten aber erklärtermaßen «Imazighen», d. h. «freie Männer» waren. Diese traditionelle Ungebundenheit hatte zwar sämtlichen Invasoren konzentrierte Militäraktionen entschieden erschwert, machte jedoch zugleich die Berber verwundbar für das massierte Eindringen fremder Herren und Sitten.

Unverträglichkeit in gemeinsamem Schicksal

Mit der «maurischen» Eroberung Spaniens hatte sich in der Geschichtsschreibung das Schicksal von Berbern und Arabern zu vermischen begonnen. Zunächst nur als Sklaven, bald aber schon als Truppenchefs trieben Berber die islamische Invasion voran. Die arabischen Führer ließen jedoch die Berber als «Neubekehrte» ihre Zweitrangigkeit bitter spüren; es kam häufig zu Aufständen gegen die arabischen Offiziere. Auch in der Heimat flammten immer neue Revolten gegen arabische Ausbeutung auf. Machtkämpfe zwischen Arabern und Berbern sowie zwischen den verschiedenen Berberstämmen untereinander¹³ prägten fortan die Geschichte der Berber Nordafrikas.

Die dreihundertjährige Herrschaft der Osmanen setzte das Werk arabischer Unterwerfung fort, indem sie ein Berberreich nach dem andern zerschlug, Städte und Kunstschatze zerstörte und das Land mit hohen Steuerforderungen belastete. Die französischen Kolonialsoldaten fanden mithin bei ihrer Landung türkisches Kolonialgebiet vor – eine Tatsache, die heute gern übersehen wird. Zwar hatte sich Algerien ein Jahrhundert zuvor aus der türkischen Oberhoheit gelöst, doch waren die regierenden Deys selber Türken. Diese waren den Arabern und den Berbern gleichermaßen verhaßt, und ihre schwindende Macht erstreckte sich nur noch auf den Küstenstreifen. Die Berge und die Wüste beherrschten die Kaida der Berberstämme, mit deren Widerstand fortan die Franzosen hart zu kämpfen hatten. Aus den entlegenen traditionellen Berbergebieten sollte auch der Befreiungskrieg der FLN mit immer neuer Kraft hervorbekommen. Die Kabylern hatten hier während der Revolution ihre eigenen Kommandoeinheiten; die Zivilbevölkerung bezahlte die Résistance mit einem Zehntel ihrer Einwohnerschaft.

Um so größer mußten ihre Enttäuschung und Erbitterung sein, als sich nach Erlangung der Unabhängigkeit bald herausstellte, daß der unter größten Opfern errungene Staat ihre Erwartungen in keiner Weise berücksichtigte, ja daß die Berber von ihren arabischen Landsleuten in einem Ausmaß zur Assimilation gezwungen wurden, wie es noch keine Besatzungsmacht fertig-

⁹ Siehe Gert von Paczensky, a. a. O., S. 369.

¹⁰ Werner Plum, a. a. O., S. 170.

¹¹ Albert Camus, *Terrorisme et répression*, in: ders., *Essais*. Paris (Gallimard, *Bibl. de la Pléiade*) 1965, S. 1867f. (Übers. v. Verf.).

¹² Siehe Gerhard Schweizer, a. a. O., S. 48–50.

¹³ Die Kämpfe der sich befehdenden Berberstämme führten bereits im 13. Jahrhundert zur Herausbildung dreier Berberreiche, die ungefähr die heutigen Grenzen der drei maghrebischen Staaten vorzeichneten.

gebracht hatte. Bei den ersten freien Wahlen nach der Unabhängigkeit zeichnete sich ab, daß die vorwiegend konservative Bauernschaft mehr Vertrauen in fromme Moslems als in die progressiven «Sozialisten» hatte. Dies erkannte der selbst strenggläubige *Boumedienne* und verdrängte die algerischen Kommunisten aus wichtigen Ämtern. Er erklärte den Islam zur Staatsreligion – die «Gottlosigkeit» des politischen Vorbilds Sowjetunion verurteilte er, der von ihm verfochtene Sozialismus mußte sich an der Moral des Korans messen können.

Daß das Arabische als Sprache des Korans von nun an Amtssprache wurde, war zunächst allen selbstverständlich. Unmut regte sich aber, als in den Schulen der Berberdörfer die Dialekte nicht mehr unterrichtet werden durften. Hatten die Berber sich nicht genauso am Befreiungskampf beteiligt wie die «arabischen Städter»? Hatten sie nicht ebenso das Anrecht auf Entfaltung ihrer Kultur – die dem Staat ja sogar noch finanziellen Nutzen einbrachte: Werden doch die Traditionen des Berbervolkes im gesamten Maghreb bedenkenlos kommerzialisiert!

Erwünscht ist Folklore der Berber, nicht ihre Kultur

Kabyllische Töpferwaren und Berberschmuck sind begehrte Souvenirs devisenbringender Algerienreisender. In den touristisch erschlossenen Nachbarländern werden die – dort weniger zahlreichen – Berber wegen ihrer publikumswirksamen Folklore dem Ausländer vorgeführt. Malerische Berberdörfer wie Chenini und Douirat, Höhlenwohnungen, wie man sie in Matmata sieht, buntgekleidete, tanzende und singende Berber sind große touristische Anreize Tunesiens, das sich ansonsten ohne größere Widerstände «arabisch» nennen kann. In Marokko, wo sich auch nach der Unabhängigkeit die mittelalterlichen feudalen Strukturen nur unwesentlich gelockert haben, sind sich arabische und berberische Großgrundbesitzer durch ihr gemeinsames materielles Interesse einig. Die berberischen Traditionen werden auch hier clever zu Fremdenverkehrszwecken genutzt. Besonders beliebt sind bei den zahlungskräftigen Touristen die pittoresken Reiterspiele.

Im Gegensatz zur Ausschlichtung der Traditionen wird die *lebendige Kultur* der Berber keineswegs gefördert, ja nicht einmal toleriert: Die Berbersprache wird in Paris, Aix-en-Provence und Utrecht gelehrt, nicht aber in ihren nordafrikanischen Ursprungsländern. Kabyllische Dichter und Sänger werden aufgrund ihres verbalen Eintretens für die nationale Identität der Berber wegen Agitation inhaftiert. Rundfunk- und Fernsehsendungen werden fast ausnahmslos in Hocharabisch ausgestrahlt, so daß so mancher Bürger sein Feierabendprogramm nicht einmal verstehen kann. Ganz abgesehen davon, daß bei Behörden und offiziellen Stellen ein Berber, der des Arabischen nicht mächtig ist, nicht nur mit Verständigungsschwierigkeiten zu kämpfen hat, sondern darüber hinaus auch noch häufig die Zielscheibe von Diskriminierungen ist. Denn die Alternative zum Arabischen ist und bleibt das Französische (in der Wissenschaft und der gehobenen Bürokratie figuriert häufig noch das Französische vor dem Arabischen!), dem nationalbewußten Algerier widerstrebt es aber verständlicherweise, sich im eigenen Lande der Sprache der «colons» zu bedienen. So haftet dem des Hocharabisch Unkundigen immer noch der Geruch des Kollaborateurs an; die Franzosen haben also nicht ohne Erfolg versucht, einen Keil zwischen die Algerier zu treiben, wie der algerische Schriftsteller *Kateb Yacine* kürzlich in einem Fernsehinterview in Erinnerung rief.¹⁴

Keine Freiheit für die älteste Kultur des Landes

Anfang 1980, als die kabyllischen Ansprüche offiziell mit dem Hinweis, die Algerier seien «ein Volk», zurückgewiesen worden waren, eskalierte der Konflikt. In *Tizi-Ouzou*, Provinzhauptstadt der Großen Kabylei, kam es zu heftigen Zusammen-

¹⁴ Das Dritte Programm des Südwestdeutschen Fernsehens gestaltete aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Volksrepublik Algerien einen Alge-

stößen, nachdem die Polizei den Schriftsteller *Mouloud Mammeri* an seinem Vortrag über alte kabyllische Dichtung gehindert hatte. Aufgebrachte Studenten gingen überall im Lande auf die Straße und forderten «Freiheit für das kabyllische Volk». Die arbeitende Bevölkerung solidarisierte sich in großer Zahl mit Streiks, und die Forderungen umfaßten bald nicht mehr allein das Recht auf die eigene Sprache, sondern auch auf eigene Medien und die bessere Erschließung der schon unter den Franzosen unterentwickelten kabyllischen Gebiete.¹⁵

Die Absage der Regierung war unmißverständlich: Es dürfe innerhalb des Landes «kein kulturelles Erbe» geben, das «Monopol einer Gegend oder einer Gruppe» sei – ob es sich um Franzosen oder um Berber handle.¹⁶ Diese Parallelisierung einstiger französischer Vorrechte und der legitimen Forderung der algerischen Berber war wie ein Schlag ins Gesicht: Loyalität dem algerischen Staat gegenüber war von nun an endgültig gleichbedeutend mit arabischer und islamischer Identität, d. h. mit der Verleugnung der eigenen Kultur und Geschichte. Andersdenkende wurden zu Hunderten verhaftet.

Seitdem ist die Arabisierung des Landes konsequent vorangetrieben worden, kabyllische Dichter und Sänger dürfen öffentlich nicht mehr auftreten, die konservative Linie der islamischen Integristen setzt sich gegenüber aufgeschlosseneren Lebensformen, wie sie in der Kabyle seit jeher üblich sind, immer stärker durch. Das trifft besonders die Frauen und Mädchen aus liberalen Elternhäusern hart, die an Schulen und Universitäten oder in der Arbeitswelt wegen ihrer europäischen Kleidung und ihrer selbständigen Lebensart diskriminiert werden.

Warum kann der algerische Staat, nach nunmehr 25jährigem Bestehen und gestärkt durch wirtschaftlichen Erfolg und internationales politisches Ansehen, nicht eine Kultur als ihm zugehörig anerkennen, die immerhin die älteste im Lande darstellt und deren Verschwinden einen Verlust nicht nur für Algerien bedeuten würde? Ist der Druck der arabischen Nachbarstaaten oder der Einfluß fundamentalistischer Kreise im eigenen Land hierfür verantwortlich? Oder ist nicht vielmehr die heutige Benachteiligung der Berber ein weiteres Kapitel der jahrhundertalten Bevormundung durch den arabischen Teil der Bevölkerung? Wie ernsthaft die innenpolitischen Folgen der Unterdrückung in der Zukunft sein können, kann man noch nicht ermessen. Jedenfalls brodelt es unter der islamisch-arabischen Oberfläche dieses ersten algerischen Staates. Oppositionelle sind ins Exil gegangen oder werden isoliert gehalten, kabyllische Vereinigungen und Verlage haben sich im Ausland konstituiert. Die Verbitterung der Berber im Lande ist verständlicherweise gewachsen. Je länger sie zögert, desto schwerer wird die Regierung es haben, auf die Wünsche der Berber ohne Gesichtsverlust einzugehen. Das Jahr 1987 mit seinem Jahrestag der Revolution, der Anlaß für so manche Amnestie war, wäre auch hierfür ein günstiges Datum gewesen.

Martina Nähle, Bonn

rienabend mit Gesprächskreis und Spielfilm, der am 26. September ausgestrahlt wurde. Im Rahmen dieser Sendung kam das kabyllische Minderheitenproblem nur sehr verhalten zum Ausdruck. Nur Kateb Yacine, dessen Schriften teilweise in Algerien verboten sind, forderte noch einmal deutlich das Recht auf die eigene Sprache und Kultur der Kabyle.

¹⁵ Siehe auch Albert Camus, *Misère de la Kabylie*, a. a. O., S. 903–938.

¹⁶ Vgl. Daniel Junqua, a. a. O.

EIRENE, ein ökumenischer Friedens- und Entwicklungsdienst von Christen, die sich für Gewaltfreiheit einsetzen, sucht für die Geschäftsstelle Neuwied eine christlich motivierte und in der Friedensbewegung engagierte

Referentin

zur Betreuung des Friedensdienstprogramms in Irland, Nordirland und in den USA. Erwartet werden u. a. Auslandserfahrung und gute Englischkenntnisse. Bitte schreiben Sie mit Lichtbild, Lebenslauf, Zeugnissen und Referenzadressen an EIRENE, z. Hd. Herrn Dr. Josef Freise, Engesser Str. 74b, D-5450 Neuwied 1.

Der Sieg der CDU über das traditionelle «Zentrum»

Zur Nachkriegsgeschichte des politischen Katholizismus in der Bundesrepublik

Nach der Kapitulation des Hitler-Regimes kam es noch im gleichen Jahr, 1945, in allen vier Besatzungszonen zur Gründung christlich-demokratischer bzw. -sozialer Parteien. Ein wichtiger, vielleicht sogar entscheidender «Geburtshelfer» hierfür war der katholische Episkopat, der 1945 eine Option zugunsten der interkonfessionellen Unionsparteien traf und damit die Erfolgsmöglichkeiten der Zentrumsparterie, die vor 1933 als Interessenvertretung des politischen Katholizismus wirkte, einschränkte. Die Auffassung, daß ein Wiederanknüpfen an die alte *Zentrumsparterie* nicht möglich sei, wurde allerdings nicht von allen Bischöfen geteilt. So waren die drei Bischöfe von Hildesheim, Speyer und Passau zunächst nicht bereit, ihre persönliche Vorliebe für eine katholische Partei aufzugeben; sie mußten sich aber im Laufe der Diskussion der Mehrheitsmeinung beugen. Die Entscheidung der deutschen Bischöfe basierte auf der Einschätzung, daß die Gefahr von links für die katholische Kirche größer sei als das Risiko einer katholisch-protestantischen Partei.

Mit ihrem Schritt hat die katholische Amtskirche maßgebenden Anteil an der Umgruppierung des deutschen Parteiensystems genommen. Obwohl der Episkopat und die Mehrheit der ehemaligen Zentrumswähler und -mitglieder die Gründung der CDU unterstützten, besteht zwischen dem Zentrum der Weimarer Republik und der CDU nach 1945 zweifellos keine ähnliche Kontinuität wie zwischen der SPD vor 1933 und nach 1945. Die Differenz zwischen der Zentrumsparterie in der Weimarer Zeit und der CDU in der Bundesrepublik ist gleichzeitig auch der Schlüssel zum Verständnis einer sich unter dem Zwang der veränderten Verhältnisse wandelnden katholischen Interessenpolitik.

Übersehene Fragen in der bisherigen Forschung

Ohne die Unterstützung des Episkopats wurde im gleichen Jahr wie die CDU die Zentrumsparterie, die sich bis 1933 als die politische Interessenvertretung der deutschen Katholiken und der katholischen Kirche verstanden hatte, wiedergegründet. Wenngleich die Auseinandersetzungen zwischen CDU und Zentrum auf örtlicher Ebene erst einsetzen konnten, als die Entscheidung für die Union auf überregionaler Ebene bereits gefallen war, heißt dies nicht, daß sich die CDU auf dieser Ebene automatisch gegen die Zentrumsparterie durchgesetzt hätte. Um die Weimarer-Zentrumsnachfolge wurde in einigen Zentrums-hochburgen Nordrhein-Westfalens nach 1945 heftig gerungen; an einigen Orten gelang es der CDU erst relativ spät, sich gegen die Zentrumsparterie durchzusetzen. Die Geschichte der Zentrumsparterie nach 1945 ist die Geschichte einer Verliererparterie,

vielleicht ist die zeitgeschichtliche und sozialwissenschaftliche Forschung deshalb bisher so gut wie nicht auf sie eingegangen. Es gibt mindestens zwei politikwissenschaftlich und historisch interessante Forschungsinteressen für deren Beantwortung die genauere Analyse der Zentrumsparterie nach 1945 von Bedeutung ist. Es sind dies zum einen die Fragen danach, wie sich die katholische Interessenpolitik unter den veränderten politischen und religiösen Bedingungen der Nachkriegszeit entwickelt hat: Welche Konsequenzen hatte die Konkurrenz von CDU und Zentrum für die katholische Interessenpolitik. Verschwand durch die Entscheidung des Episkopates für die CDU der politische Katholizismus nach 1945 aus der politischen Arena oder hat er nur eine den veränderten Bedingungen angemessene neue Form angenommen? Die anderen Fragen beziehen sich auf den Erfolg der CDU: Was läßt sich aus der Perspektive der Zentrumsparterie über den Erfolg der CDU aussagen? Hat die Existenz der Zentrumsparterie eine Schwächung der CDU bedeutet oder hat sie gar dazu beigetragen, daß sich die CDU als neue Partei bei der ersten Bundestagswahl direkt erfolgreich behaupten konnte?

In seiner 1954 abgeschlossenen Studie *CDU/CSU Ursprünge und Entwicklung bis 1953* wies der Berliner Politologe A. R. L. Gurland darauf hin, daß zum besseren Verständnis des Erfolges der CDU nach 1945 ihr Verhältnis zur Zentrumsparterie und zu den Kirchen untersucht werden müsse. Die von ihm selbst als Fragment bezeichnete Studie wurde erstmals 1980, also ein Jahr nach seinem Tod (1979), veröffentlicht. Gurland gelang es in seiner materialreichen Arbeit nicht, diese Lücken zu füllen. Da sowohl sein Forschungsansatz als auch der anderer Wissenschaftler, die sich bisher mit der CDU beschäftigten, zu sehr am unmittelbar institutionellen Rahmen der CDU orientiert waren, konnten die Erfolgsbedingungen der CDU, welche außerhalb dieses organisatorischen Rahmens liegen, nicht in den Blick gelangen. Es kann also ein Mangel an Untersuchungen festgestellt werden, die von anderen Organisationen ausgehend – wie den Kirchen oder der Zentrumsparterie – den Blick auf die Politik der CDU richten.

Gurland erstellte seine Studie im Rahmen seiner wissenschaftlichen Tätigkeit am 1950 gegründeten «Institut für politische Wissenschaften an der FU Berlin». Im gleichen Institut, das heute den Namen «Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung an der FU Berlin» trägt, erschien 1987 eine Studie mit dem Titel *Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung*. Mit dieser Studie, einer überarbeiteten Fassung der 1982 an der FU Berlin bei den Professoren Narr und Ebbinghausen vorgelegten Dissertation, gelingt es der Sozialwissenschaftlerin Ute Schmidt diese Lücke zu schließen, und auf die eingangs genannten Fragen fundierte Antworten zu geben.¹

Das allgemeine Thema dieser Studie ist der Zusammenhang zwischen dem gesamtgesellschaftlichen Strukturwandel und der Veränderung der katholischen Politik. Aus dieser Perspektive werden sowohl die Genese als auch der Form- und Strukturwandel der katholischen Interessenpolitik von 1806 bis in die fünfziger Jahre dieses Jahrhunderts untersucht. Ute Schmidt versteht den Katholizismus als «sondergesellschaftliche Formierung» (S. 19), der im politischen (Zentrumsparterie, Bayerische Volkspartei) und sozialen Katholizismus (Volksverein für das katholische Deutschland, Christliche Gewerkschaften, KAB ...) seinen organisatorischen Ausdruck fand und auf diesem Wege gesellschaftspolitischen Einfluß geltend machte. Der Erfolg der katholischen Interessenpolitik über sich verändernde gesellschaftliche Bedingungen hinweg liege darin be-

Sonderfahrten im April und Mai 1988

Tulpenblüte in Holland

7 Tage Fr. 645.- (Reise und Halbpension)

Reisedaten

4.-10. April, 18.-24. April, 25. April-1. Mai, 9.-15. Mai, 16.-22. Mai, 30. Mai-5. Juni.

Abreise jeweils am Montag, 9.15 Uhr ab Basel SBB

Programm-Höhepunkte

Vier Stunden in Amsterdam (Grachtenrundfahrt), Besuch von Volendam und Fahrt durch Hollands große Tulpengebiete – Tagesausflug mit dem Schiff ins Naturschutzreservat der Insel Texel (Vögel, Schafe, Tulpen), fakultative zweistündige Dünenwanderung in die Vogelbrutgebiete – Fahrt durch Ostfriesland in den Rhododendrenpark und mit der Fähre über die Unterweser nach Bremerhaven – Ruhetag oder Tagesausflug nach Helgoland mit Besuch einer Fischauktion und freiwilliger Wanderung rund um Helgoland – Fahrt durch die Lüneburger Heide und Besuch in Walsrode, Europas größtem Vogelpark.

Detailprogramm und Auskünfte durch

Naturschutz-Reisen

Postfach 546, 4005 Basel 5, Tel. 061 3391 91/334040

¹ Ute Schmidt, *Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung*. (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin. Band 51). Opladen (Westdeutscher Verlag) 1987, 400 Seiten.

gründet, daß es dem Katholizismus gelinge, politische Formierungsprozesse in Gang zu setzen, in denen seine Hegemonie gewahrt blieb. Weiterhin geht die Verfasserin von der These aus, daß der politische Katholizismus ein «Bündnis heterogener Klassenkräfte» (S. 20) sei, innerhalb derer das katholische Bürgertum «seine schichtenspezifischen Interessen langfristig durchsetzen konnte» (S. 20). Die Führungsrolle des katholischen Bürgertums sei auch die Voraussetzung dafür, «daß sich eine um den politischen Katholizismus gruppierende interkonfessionelle bürgerliche Sammlungspartei nach Hitler überhaupt durchsetzen konnte» (S. 22). Ute Schmidt bezeichnet den politischen und sozialen Katholizismus als eine Reaktion auf die Herausforderung der Moderne und damit auch auf die gravierende Machteinbuße der katholischen Kirche durch Aufklärung und Industrialisierung. Da sie die Entwicklung des politischen Katholizismus nicht als isoliertes Phänomen betrachtet, sondern unter der Perspektive des gesamtgesellschaftlichen Wandels, interpretiert sie folgerichtig die Auflösung dieser «sondergesellschaftlichen Formierung» als einen Ausdruck des tiefgreifenden Wandlungsprozesses der Moderne.

Im ersten Teil der Arbeit wird die Entwicklungsgeschichte des politischen Katholizismus von 1806 bis 1945 als Formierungs- und Desintegrationsprozeß dargestellt. Die Formierung und Politisierung des katholischen Milieus realisierte sich unter den Vorzeichen der ultramontanen Bewegung im Kampf gegen Aufklärung und Rationalismus. Mit der Gründung der Zentrumsparterie (1870), einer weltanschaulich orientierten Volks- und Konfessionsparterie, schuf sich der politische Katholizismus eine eigene organisatorische Basis, mittels derer er seine Interessen im parlamentarischen System durchzusetzen versuchte (vgl. S. 28-76). Nach Beendigung des Kulturkampfes, bei dem es für Ute Schmidt im Kern um Machtpositionen im Staatsapparat ging (vgl. S. 66), kam es im politischen Katholizismus sowohl zu einer deutlichen Differenzierung unterschiedlicher Interessen (Klerus, Adel, Bürger, Bauern, Arbeiter) als auch zur Problematisierung des Strukturdilemmas der Zentrumsparterie (vgl. S. 74ff.). Das Dilemma der Partei bestand darin, daß sie einerseits katholisch-kirchliche Interessen im politischen Raum vertrat und andererseits darauf bedacht sein mußte, eine formale Autonomie gegenüber dem Klerus und dem Vatikan einzunehmen. Die zentralen Ereignisse, in denen das Spannungsverhältnis zwischen kirchlicher Interessenparterie und politischer Partei zu brisanten politischen Auseinandersetzungen führte, waren: der Septennats-Streit (1886/87), das Reichskonkordat (1933) und nach 1945 das Verhalten in den Grundgesetzverhandlungen (1948/49) (S. 347).

Frühe Tendenzen zur interkonfessionellen Öffnung

Seit Julius Bachem am 1. März 1906 die Parole formulierte: «Wir müssen aus dem Turm heraus» (S. 78), womit er die Öffnung des politischen Katholizismus für die protestantischen Konservativen meinte, wurden immer wieder Konzepte diskutiert, die eine Öffnung der Zentrumsparterie zum Thema hatten. Bezogen auf die Gründung der CDU nach 1945 heißt dies, daß eine interkonfessionell politische Kooperation bereits vor 1933 in den Zentrumskreisen sowohl ideologisch wie auch politisch vorbereitet war. Diese Diskussionen stehen im Zusammenhang mit der sukzessiven Erosion des katholischen Milieus, worauf eine herrschaftskonforme Antwort im parteipolitischen Sinne gefunden werden sollte. Notwendig wurden diese Überlegungen durch die abnehmende Bindung katholischer Wähler an die Zentrumsparterie seit dem Kulturkampf. In der Weimarer Republik lockerten sich zudem die Beziehungen zu den katholischen Verbänden, die bisher die organisatorische Basis der Partei bildeten. Mit der Bildung der Christlichen Reichspartei (Vitus-Heller-Bewegung) durch linke katholische Arbeiter und durch die Abwanderung rechter Katholiken, unter der Führung von *Martin Spahn* zur Deutschnationalen Volkspartei, die zu diesem Zweck einen eigenen Katholikenausschuß einrichtete, wurde die parteipolitische Zersplitterung der Katholiken evident (vgl. S. 76-108). Ein weiteres Problem lag darin, daß wichtige Elemente der Zentrumsprogrammatisierung ihre Bedeutung verloren hatten, seit die rechtliche Absicherung der kirchlichen Freiheiten und der konfessionellen Gleichberechtigung erreicht waren.

Die wohl schwerste Belastung für die Wiederanknüpfung an die Zentrumstradition nach 1945 lag in dem Bewußtsein des politischen Versagens 1933: «Das Verhalten eines Teiles der Zentrumsführung läßt in der Tat die Vermutung zu, daß sie der - zweifelhaften - Absicherung klerikaler Interessen durch ein autoritär terroristisches Regime eine Priorität vor dem verfassungsmäßigen Schutz ihrer politischen Aktionsmöglichkeit einräumte.» (S. 115). Daraus zieht die Verfasserin die Schlußfolgerung, daß es kein Zufall war, daß nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes niemand aus der Zentrumsführung des Jahres 1933 den Anspruch auf eine geradlinige Fortsetzung der Parteigeschichte erhob.

Im ersten Teil der Arbeit, der sich auf den Zeitraum von 1806 bis in das Jahr 1945 bezieht, interpretiert die Autorin die Geschichte des politischen Katholizismus in exemplarischer Form auf der Basis der vorliegenden Literatur sowie der veröffentlichten Primärquellen. An dieser Stelle muß auch das Verdienst von *Rudolf Morsey* hervorgehoben werden, der sowohl durch die Aufarbeitung der Zentrums-geschichte vor 1933 als auch durch die Herausgabe wichtiger Quellen eine unerläßliche Basis für die wissenschaftliche Bearbeitung des politischen Katholizismus gelegt hat. Ute Schmidt gibt im ersten Teil der Studie einen sehr guten Überblick über die Geschichte des politischen Katholizismus, der sich insbesondere dadurch auszeichnet, daß er sich auf die wesentlichsten Auseinandersetzungen konzentriert, sprachlich brillant ist und zudem eine spannungsreiche und lebendige Auseinandersetzung mit den wichtigsten Politik- und zeitgeschichtlichen Positionen zu diesem Thema bietet.

Im zweiten Teil der Arbeit steht die Frage nach den Erfolgs- und Mißerfolgsbedingungen der CDU und des wiedergegründeten Zentrums im Mittelpunkt. Zur Erstellung dieses Teiles, der auch als eigenständige Studie betrachtet werden kann, führte die Autorin ausgiebige Recherchen und Quellenstudien durch. Behindert wurden diese Studien dadurch, daß der Verfasserin kirchliche Archive generell verschlossen blieben, so daß der Einfluß und die Beweggründe der kirchlichen Hierarchie nicht hinreichend berücksichtigt werden konnten. Ebenso waren ihr einzelne für das Thema wichtige Nachlässe nicht zugänglich (Beispiel Nachlaß Karl Arnold), die einen tieferen Einblick in die Diskussionen und Überlegungen zur katholischen Politik ermöglichen könnten (vgl. S. 24ff.).

Im «bornierten Konfessionalismus katholischer Zentrumstraditionalisten» (S. 175) und im politischen Ehrgeiz ehemaliger Zentrumspolitiker, die bei der Unionsgründung nicht zum Zuge gekommen sind, werden nach bisher herrschender Auffassung die Ursachen für die Wiedergründung der Zentrumsparterie gesehen. Dem widerspricht die Verfasserin mit dem Hinweis, daß diese Positionen und Motive auch in der CDU anzutreffen waren. Ute Schmidt vertritt die Auffassung, daß über diese Motive hinausgehend die unterschiedlichen Konsequenzen aus der Zentrums-geschichte darauf zurückzuführen seien, daß eine «spezifische Verarbeitung der Parteigeschichte und der Vergangenheitsbewältigung» (S. 176) vorliege, was sich an

Im ROMERO-Haus Luzern, dem Missionarischen Bildungszentrum der Missionsgesellschaft Bethlehem (Immensee), ist die

entwicklungswissenschaftliche Stelle

neu zu besetzen.

Wir arbeiten im ROMERO-Haus interdisziplinär (Theologie, Religions- und Entwicklungswissenschaft) an Forschungsobjekten und wirken mit im Bildungsprogramm (Tagungen, Vortragsreihen, Kurs für Missions- und Entwicklungspolitik).

Vom neuen Mitarbeiter oder der Mitarbeiterin erwarten wir einen akademischen Studienabschluß in Wirtschaftswissenschaft oder Sozialethik, ausgewiesene Kompetenz in Entwicklungsfragen sowie Bereitschaft zur Einarbeitung in kirchliche Fragen der Schweiz und der Dritten Welt.

Bewerbungen sind bis 15. März 1988 zu richten an Forschungsabteilung ROMERO-Haus z. Hd. Otto Bischofberger, Kreuzbuchstrasse 44, 6006 Luzern

den voneinander abweichenden Parteikonzepten und in einem unterschiedlichen Politikverständnis zeige.

Die Mehrheit der Zentrumspartei orientierte sich nach 1945 noch sehr stark an den althergebrachten Kategoriemustern der Zentrumsgeschichte. Die Protagonisten der Zentrumspartei gingen davon aus, daß das Parteiensystem nach 1945 eine ähnliche rechts-links Polarisierung entwickle wie in der Weimarer Republik. Aus dieser Perspektive heraus wurde auch das Zusammengehen der Katholiken mit den Protestanten in der CDU kritisiert. Dem traditionellen Zentrumsverständnis folgend, hoffte man, als Partei der Mitte und des sozialen Ausgleichs einen Platz zwischen den Extremen einnehmen zu können.

Position und Rolle des Nachkriegszentrums

Die Hochburgen der Zentrumspartei in der Nachkriegszeit lagen in Westfalen und Niedersachsen. Die Autorin untersucht einige exemplarische Auseinandersetzungen zwischen CDU und Zentrum, insbesondere dort, wo sich die CDU erst in einem mühsamen Kampf gegen das Zentrum behaupten konnte. Von besonderem Interesse sind hierfür die amtskirchlichen Vermittlungsbemühungen sowie die zwischen den Parteien, in denen versucht wurde die Interessen und Einflußsphären zu regulieren.

Die 1945 in Soest wiedergegründete Zentrumspartei vereinte unter ihrem Dach zwei unterschiedlich ausgerichtete Flügel. Während sich die traditionell weltanschauliche Richtung darum bemühte, die «objektive Interessenidentität von Klerus und Zentrumspartei» (S. 233) herauszustellen, knüpfte die «Essener Richtung» an «die Vorstellungswelt des linksrepublikanischen

Peace Brigades International

PBI-Training für gewaltfreie Einsätze in Zentralamerika

3.-10. April in Soto Iruz bei Santander, Nordspanien

Seminar zur Einführung interessierter Leute in die PBI-Friedensarbeit und zur konkreten Vorbereitung von Freiwilligen.

Anmeldung und weitere Auskünfte: Ueli Wildberger, Agnesstr. 25, CH-8004 Zürich, Tel. (01) 242 20 59; Christel Könemund, Rockwinkeler Heerstraße 86, D-2600 Bremen

ORIENTIERUNG

erscheint 2 x monatlich in Zürich

Katholische Blätter für weltanschauliche Information
Herausgeber: Institut für Weltanschauliche Fragen

Redaktion und Administration:

Scheideggstraße 45, CH-8002 Zürich, Telefon (01) 201 07 60
Redaktion: Ludwig Kaufmann, Josef Bruhin, Robert Hotz, Nikolaus Klein, Josef Renggli, Pietro Selvatico, Karl Weber
Ständige Mitarbeiter: Paul Erbrich (München), Paul Konrad Kurz (Gauting), Heinz Robert Schlette (Bonn), Knut Walf (Nijmegen)

Preise Jahresabonnement 1987:

Schweiz: Fr. 38.- / Studierende Fr. 27.-
Deutschland: DM 47.- / Studierende DM 32.-
Österreich: öS 350.- / Studierende öS 240.-
Übrige Länder: sFr. 38.- zuzüglich Versandkosten
Gönnernabonnent: Fr. 50.- / DM 60.- / öS 420.-
(Der Mehrbetrag wird dem Fonds für Abonnements in Länder mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)
Einzelexemplar: Fr. 2.50 / DM 3.- / öS 22.-

Einzahlungen: ORIENTIERUNG Zürich

Schweiz: Postcheck Zürich 80-27842 oder Schweizerische Kreditanstalt Zürich-Enge, Konto Nr. 0842-556967-61
Deutschland: Postgiroamt Stuttgart (BLZ 60010070) Konto Nr. 6290-700
Österreich: Postsparkasse Wien, Konto Nr. 2390.127
Italien: Postcheckkonto Rom Nr. 29290004

Abonnements-Bestellungen bitte an die Administration.

Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die Kündigung nicht 1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

Wir verkaufen ein wertvolles theologisches Standardwerk

Dictionnaire de Théologie Catholique

3. Auflage, Paris 1930-1972

Tome 1-15 (in 30 Bänden solid gebunden)
und 3 Bände Tables Générales (Register und Ergänzungen)
Preis: sFr. 1500.- plus Porto

Bibliothek ORIENTIERUNG, Scheideggstraße 45
CH-8002 Zürich, Tel. 01/201 07 60

Weimarer Zentrumsflügels» an und setzte sich für die «politische Unabhängigkeit vom Klerus, soziale Neuordnung, Offenheit für ein Bündnis mit den Sozialdemokraten ... und eine spannungsorientierte Außenpolitik» (S. 242) ein. Realpolitisch konnten diese beiden Flügel miteinander agieren, indem sie eine Aufgabenteilung vornahmen: Die einen vertraten die sozialen Belange, die anderen die weltanschaulichen. In Weltanschauungsfragen stimmte die Zentrumspartei mit der Union und in sozialpolitischen Fragen eher mit der SPD (vgl. 331).

In Nordrhein-Westfalen hatte das Zentrum durch seine Regierungsbeteiligung bis zum Jahre 1958 eine gewisse Bedeutung; im Bundestag waren Zentrumsvertreter bis 1957 vertreten. Danach wurde das Zentrum bedeutungslos. Durch die Option des Klerus für die Union hatte das Zentrum endgültig das Monopol der politischen und kulturellen Interessenvertretung für den katholischen Bevölkerungsteil verloren. Die in dieser Situation geforderte programmatische Neuorientierung scheiterte an der Heterogenität der Partei und ihrer Wählerschaft sowie an der Hoffnung, die Gunst des Klerus wiedergewinnen zu können (vgl. S. 230). Genährt wurde diese Hoffnung und damit auch die Herausbildung eines eigenständigen politischen Profils als teilloppositioneller Partei, neben der CDU, auch durch die Doppelstrategie der Amtskirche: «Die Zentrumsvertreter gerieten durch dieses doppelgleisige Vorgehen der Amtskirche - einerseits wurde die Partei im Interesse langfristiger katholisch-politischer Ziele instrumentalisiert, andererseits im praktisch-politischen Alltag offen bekämpft - in eine geradezu schizophrene Situation» (313).

«War die Entscheidung des Klerus für die CDU und gegen die Wiederbelebung des Zentrums also einerseits eine wesentliche Voraussetzung dafür, die gesellschaftspolitische Machtstellung der katholischen Kirche im Nachkriegsdeutschland zu erhalten, so reduzierte man andererseits doch, indem man das alte Zentrum aufgab, die Möglichkeiten, kirchlicherseits unmittelbar auf die Politik Einfluß zu nehmen.» (S. 312) Daraus ergibt sich die realpolitische Nützlichkeit der Zentrumspartei für die katholische Interessenpolitik, welche insbesondere in den kulturpolitischen Verhandlungen zum Grundgesetz und den Länderverfassungen zum Zuge kam. Die CDU mußte in diesen Verhandlungen in der Regel wegen ihres interkonfessionellen Charakters sichtbare Distanz zur katholischen Interessenpolitik wahren.

Mit dem Blick von der Zentrumspartei auf die CDU gerichtet, gelingt es Ute Schmidt zu erklären, warum die CDU - quasi als nicht intendierte Folge - von der Spaltung des katholischen Lagers profitierte und somit die Zentrumspartei Anteil am Erfolg der CDU hatte: «So verminderte die vorübergehende Konservierung eines Teiles des kirchentreuen katholischen Milieus außerhalb der Union die Reibungsflächen zwischen Katholiken und den Protestanten in der neuen interkonfessionellen Formation und erleichtert es der Partei, eine größere Unabhängigkeit von den politischen Prioritäten des Klerus zu entwickeln; für die hinzustoßenden konservativen Protestanten war die Union desto attraktiver, je weniger sie sich in den Bahnen traditioneller Zentrumpolitik bewegt.» (S. 357)

Wolfgang Schroeder, Offenbach